

## Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 17.03.2009

### **Keine Schließung der Lkw-Reifenproduktion der Continental AG in Hannover - Arbeitsmarktpolitische Instrumente nutzen und eine langfristige Strategie entwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Für die Continental AG und die Standorte muss eine langfristige Lösung gefunden werden. Statt kurzfristiger Entscheidungen für Produktionsschließungen müssen für die Unternehmensgruppe ein Gesamtkonzept und Perspektiven für die einzelnen Unternehmensbereiche entwickelt werden. Zur Reaktion auf Umsatzeinbrüche müssen die neuen, verbesserten arbeitsmarktpolitischen Instrumente genutzt werden. Staatliche Hilfen sollen sinnvolle und verantwortbare Unternehmensstrategien unterstützen. Darauf müssen alle politischen Ebenen gemeinsam hinwirken.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- zur Abwendung einer weiteren Schwächung des Standortes jedes erdenkliche Engagement gegenüber der Konzernleitung zu ergreifen, um Radikallösungen abzuwenden, auf die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Unternehmensgruppe hinzuwirken und entsprechend Einfluss zu nehmen,
- bei der Konzernleitung darauf hinzuwirken, dass im Stammwerk Hannover Forschung und Entwicklung und in Verbindung damit die Reifenproduktion langfristig gesichert werden,
- bei der Konzernleitung weiter darauf zu dringen, dass arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie die Kurzarbeit, zur Überbrückung der Absatzkrise genutzt werden. Tarif- und arbeitsmarktpolitische Instrumente sind hochwirksam, um Absatzkrisen zu überdauern und sich Zeit zur Erarbeitung unternehmerischer Strategien zu verschaffen,
- darauf hinzuwirken, dass im Fall staatlicher Hilfen für die Schaeffler/Conti Gruppe diese nur unter der Bedingung gewährt werden, dass der Forschungs- und Produktionsstandort Hannover einschließlich der Reifenproduktion dauerhaft gesichert wird.

#### Begründung

Der Vorstand der Continental AG hat am 11.03.2009 angekündigt, die Lkw-Reifenproduktion am Standort Hannover endgültig einzustellen. Damit sollen allein in Hannover mindestens 780 Arbeitsplätze wegfallen. Das Unternehmen begründet die Entscheidung mit dem Auftragseinbruch und der schlechten Kapazitätsauslastung für Lkw-Reifen von zurzeit ca. 37 %. Der Konzern geht nicht davon aus, dass auch mit dem Anziehen der Konjunktur alle zurzeit vorhandenen Kapazitäten mittelfristig wieder ausgelastet werden können.

Belegschaft, Werksmanagement, Betriebsrat und Gewerkschaften haben in der Vergangenheit mit Betriebsvereinbarungen alles getan, um flexibel durch Maßnahmen wie Lohnverzicht, Wochenarbeitszeitverlängerungen und Stückleistungserhöhungen auf Auftragseinbrüche zu reagieren, Kostennachteile zu reduzieren und Verlagerungen an Billigstandorte zu verhindern.

Noch vor wenigen Wochen wurde gegen drohende Markteinbrüche erneut ein Interessenausgleich verhandelt, um betriebsbedingte Kündigungen abzuwenden und Markteinbrüchen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie dem Einsatz von Kurzarbeit zu begegnen.

Eine Reaktion auf Umsatzeinbrüche durch den rigorosen Abbau von Kapazitäten zerstört nicht nur das Know-how am Standort, sondern verschlechtert die Marktsituation bei Anzug der Konjunktur.

Unternehmensentscheidungen, die vermeintlich den Konzern stärken, schwächen langfristig den gesamten Standort Hannover, Niedersachsen und Deutschland. Eine unternehmerische Strategie muss die Einbindung in die regionale Struktur beachten. Auch globale Unternehmen sind standortgebunden, sind langfristig wirtschaftlich erfolgreich durch die Einbindung in die regionale Innovationskultur und profitieren durch die vorhandene Vernetzung von Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungsstruktur.

Johanne Modder

stellv. Fraktionsvorsitzende